

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 30 Pf., jährlich 1.50 Pf.
prämium frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 Pf.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 Pf., jährlich 30 Pf.



Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Silbergasse.

Telegraph-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Inserationsgebühren
betragen für die gewöhnliche
Zeitung oder deren Raum
15 Pf. für Wohnungs-
Bezeugs- und Veranlagungs-
anzeigen 10 Pf.

Inserate für die fällige
Kammer müssen höchstens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition abgegeben sein.

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7057.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 190.

Freitag den 16. August 1895.

6. Jahrg.

Gehorsam.

Gehorsam ist besser, denn Oyster, sagte der Priester zu Saul, als dieser sich erlaubte hatte, der priesterlichen Weisung entgegen, den Kegungen des Willkürs zu folgen und den Amalekiter-Häuptling zu töten. Und „Mut zeigt auch der Mameluk, Gehorsam ist des Christen Schmutz“ läßt Schiller den Ordensmeister zum Drachendörfer sprechen. Gehorsam verlangen die Eltern von den Kindern und die Landesväter von ihren Landeskindern. „Gehorsam ist zu allem nützlich“, sagte kürzlich der Großherzog von Baden in seiner Rede (es ist die erste nicht, die er hielt) beim Kriegerversam in badischen Militärverbandes, und sagte noch allerlei Schönes zum Lobe und Preis der Tugend „Gehorsam“.

Zweifellos ist der Gehorsam eine Tugend, es fragt sich dabei nur, gegen wen oder was? Gehorsam gegen die Vernunft im Kampfe wider die Leidenschaft — wohl. Gehorsam gegen die Gebote der Moral — desgleichen. Gehorsam gegen die Staatsgewalt — ebenfalls. Es wäre gewiß auch im Klassenkampf besser bestellt, wenn z. B. dem Moralgebot der Nächstenliebe von den Kapitalisten gegenüber ihren Arbeiter und ihren Konkurrenten Gehorsam geleistet würde. Und wenn die großherzogliche Rede auch die Wirkung hätte, daß sich duellmüthige Gegner durch sie abhalten ließen, dem Geheiß, welches das Duell verbietet, ungehorsam zu sein, so sollte uns das aufrecht freuen.

Aber der Gehorsam kann unter Umständen auch etwas Anderes als eine Tugend, sogar das Gegenteil sein. Die jüdischen Märtyrer unter Antiochus Epiphanes verweigerten diesem fanatischen Tyrannen, der sie zum Götzendienste zwingen wollte, den Gehorsam und werden deshalb gepriesen, ebenso wie die ersten Christen, die den römischen Cäsaren trotzen, indem sie erklärten, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen; wie ähnlich auch die heroische Antigone, die gegen Kronos Verbot ihren Bruder Polynikes beerdigt hatte, dem Kronos erklärt: „Niemand so mächtig achtet ich was Du befehlst, um über ungeheures, festes, göttliches Geheiß hinauszufreten, Menschen fürchtend.“

Wohl die meisten politischen Fortschritte und heilsamen Umwälzungen in der Geschichte sind durch Ungehorsam gegen den Willen der Mächtigen zu stande gekommen. Die Mächtigen lieben das Befehlende und möchten es konfirmieren, auch wenn es sich überlebt hat, indem es den Massen unerträglich geworden, wovon in den hohen Regionen allerdings wenig verspürt wird. Sie möchten, aber gelangen sie es ihnen niemals; weder mit den Zwangsmitteln drakonischer Strafen noch mit „moralischen“ Mitteln, womit sie die letzteren unterstützen (wozu auch fälschliche Reden zu rechnen sind), haben sie es niemals zu stande gebracht, revolutionäre Bewegungen zu ersticken, die aus unheilbar gewordenen sozialen und politischen Zuständen entsprungen waren. Die Kunst, über derartige Bewegungen Herr zu werden und die Völker unter das Joch des Gehorsams zu beugen, blieb bis heute ein ungelöstes Problem klassenstaatlicher Regierungen, die Diktatur des Zirkels.

Friedrich Engels.

(Fortsetzung.)

Wie Engels selbst sein Verhältnis zu Marx in wissenschaftlicher Beziehung aufbaute und gestaltete, davon gibt er an verschiedenen Orten Zeugnis. In der Vorrede zur zweiten Auflage seines Buches „Herrn Engels Dührings Umdüsung der Wissenschaft“, sagt er (S. 10): „Da die hier entwickelte Anschauungsweise zum weitaus größten Teil von Marx entwickelt und begründet worden, und nur zum geringsten Teil von mir, so verband ich mich unter ihm selbst, daß diese meine Darstellung nicht ohne seine Kenntnis erfolgte. Ich habe ihm das ganze Manuskript vor dem Druck vorgelesen, und das gesamte Kapitel des Abschnittes über Ökonomie (aus der kritischen Geschichte) ist von Marx geschrieben und mußte nur, äußerlicher Rücksichten halber, von mir getippt werden. Es war aber, von jeder meiner Bräute, uns in Spezialfragen gegenseitig auszuweisen.“ Der erwähnten Arbeitsteilung ist es wohl zum größten Teil zuzuschreiben, daß, während die Marx'schen Studien in einem Hauptwerk, dem „Kapital“, konzentriert sind, das Ergebnis der Engels'schen Forschungen in zahlreichen meist kleineren Schriften zerstreut ist. So ist es aber auch gekommen, daß, während man über die Unverständlichkeit von Marx fragt und die meisten Leute mehr über das „Kapital“ lesen als selbst Engels als Meister der populären Darstellung gilt, seine Schriften von allen denkenden Proletariaten gelesen werden, und die Mehrzahl derjenigen, die sich mit dem Sozialismus befassen, aus diesen Schriften die Kenntnis und das Verständnis der Marx-Engels'schen Theorie schöpfen.

Bei dieser Gelegenheit eine kleine Bemerkung. Die meisten unserer Freunde, sobald sie einmal zur Erkenntnis gekommen, daß der Sozialismus nicht eine Sache des guten Willens, sondern eine Wissenschaft ist, zu deren Verständnis nicht bloß guter Wille, sondern auch eine gewisse Dosis von Kenntnissen gehört, werden sich mit Feuerfächerlogik auf das „Kapital“, betreten sich an der Wertheorie die Zähne aus und lassen dann das Ganze stehen. Sie werden ein ganz anderes Resultat erzielen, wenn sie zunächst die Engels'schen Schriften vornehmen, und erst nachdem sie diese gründlich durchstudiert, sich zum „Kapital“ begeben. Die Engels'schen Schriften sind der Mehrzahl nach Gelegenheitschriften; aber sie sind keine Eintagsfliegen, die mit der Gelegenlichkeit vergehen, die sie hervorgerufen. Die einen von ihnen behalten ihren Wert für uns durch ihre scharfe Charakterisierung

Darüber enthält das „Theologisch-politische Traktat“ des Spinoza recht lehrreiche Betrachtungen. Auf Grund der Theorie, daß das „Recht“ der herrschenden Gewalten sich nur auf ihre „Macht“ gründen und sich nicht weiter erstrecken kann, als diese reicht, jagt der Autor im 17. Kapitel: „Kein Mensch wird jemals seine Macht und demgemäß auch sein Recht so auf einen anderen übertragen können, daß er aufhöre, ein Mensch zu sein. Und es wird niemals eine solche höchste Gewalt geben, die alles so, wie sie es will, ausführen kann. Vergeben würde sie einem Unterthan befehlen, denjenigen zu hassen, der ihm Wohlthaten erwiesen, denjenigen zu lieben, der ihm Schaden zugefügt, von Mißhandlungen sich nicht verletzt fühlen, von der Furcht sich nicht befreit zu wünschen, und noch vieles andere dieser Art, was aus den Gezeiten der menschlichen Natur mit Notwendigkeit hervorgeht.“ Die Anwendung dieses Satzes auf die Zumutung, der sozialistischen Bewegung zu entsagen und hübsch gehorchen treu zur Fahne der bürokratisch-kapitalistisch-militärischen Weltordnung zu stehen, liegt auf der Hand. Der Verfasser bemerkt, daß auch die Erfahrung dies sehr deutlich lehre: „Niemand haben Menschen ihr Recht herab abgetreten und ihre Macht auf einen anderen übertragen, daß die Übertragenen von denen, welchen sie ihr Recht und ihre Macht übertrugen, nicht gekränkt wurden, und daß nicht die Staatsgewalt mehr von den Bürgern selbst gekränkt wurde als von auswärtigen Feinden.“ Und es sei ganz gut so, betont Spinoza, indem er fortfährt: „Fürwahr, wenn die Menschen ihres natürlichen Rechts in dem Umfang beraubt werden könnten, daß sie hernach gar nichts mehr zu thun vermöchten als was diejenigen wollen, welche die Staatsmacht inne haben, dann dürften diese sicherlich ungestraft mit der größten Gewaltthätigkeit über die Unterthanen herrschen, ein Zustand, den gewiß niemand billigen wird.“

Und da wir nun schon einmal an diesem Kapitel des berühmten aber noch wenig geleseenen Traktats sind, sei noch eine andere recht zutreffende Bemerkung daraus mitgeteilt: „Die Personen, welche die Staatsgewalt verwalten oder inne haben, suchen allen Schlechtigkeiten, die sie verüben, einen Schein des Rechts zu verleihen und den Volk einzureden, daß ihre Handlungsweise eine ehrenwerte sei, was ihnen leicht gelingt, da die ganze Auslegung des Gesetzes von ihnen abhängt. Unzweifelhaft ist aber dieser Umstand die Ursache, daß sie sich die größte Freiheit zu allem, was sie wollen und ihre Leidenschaft ihnen eingiebt, herausnehmen; wogegen sie an dieser Freiheit beträchtlich gekränkt werden, wenn das Recht, die Gesetze auszugeben, jemand anders zusteht, und wenn zugleich die Gesetze in einer jedermann einleuchtenden Weise ausgelegt werden, so daß über die Richtigkeit der Auslegung niemand im Zweifel sein kann.“ Dazu macht Spinoza die feine, wenn auch historisch anscheinbare Bemerkung: „Hieraus erhellt, daß die Staatsoberhäupter der Gefahr weit weniger Gelegenheit hatten, Unthaten zu verüben zufolge des Umstandes, daß das Recht, die Gesetze auszugeben, gänzlich den Leuten übertragen war, die weder

an der Staatsverwaltung noch an dem Grund und Boden einen Anteil hatten wie die anderen Stämme.“ Das letztere lautet ganz anders als der Auspruch des Agrarierhauptsänglers in Friedrich'scher, daß Männer ohne Nr. und Galm nicht in die Staatsleitung und Staatsverwaltung gehörten. Es sind eben zwei ganz verschiedene Gesichtspunkte: Der Philosoph hat das Gemeinwohl im Auge, der Junker und abgeleihte Hausmeier das fragste Klasseninteresse. (Hamb. Echo.)

Tagesgeschichte.

Das stimmt doch! In einer Beilage der Kriegs-Erinnerungsnummer des Wahren Jakob hatte der Vorwärts die Rede von dem „brudermörderischen Krieg“ gebraucht, als den er den 1870er Krieg bezeichnete. Die Berl. R. Nachr. wünschen, daß wegen dieses Ausdrucks unserm Zentralorgan mit dem Landesberrats-Paragrafen an den Krieg gegangen werde. Nun ist aber bekannt, daß Wilhelm I. in seinen Briefen an Napoleon III. dieselben stets mit „Lieber Bruder, Vetter und Freund“ ange-redet hat. Ergo ist die Bezeichnung „brudermörderischer Krieg“ ganz richtig, ganz abgesehen davon, daß wir Sozialdemokraten das französische Volk hauptsächlich als ein Bruder-volk betrachten und den Krieg als ein schweres Unglück auch deshalb anjahen und anrufen, weil er das gemeinsame Zusammenarbeiten der beiden großen Kulturvölker erschwert.

Auch ein Beitrag zur sozialen Frage! In den Grenzboten meldet sich ein „ehemaliger deutscher Offizier“ zum Wort, um den Deutschen zu zeigen, wie sie's anfangen müssen, die ärgerliche soziale Frage zu lösen. Sein Rezept ist einfach: er will die Unzufriedenen aus Deutschland verpflanzen in die Kolonien. Natürlich bleiben, wenn die Verpflanzung radikal vor sich geht, nur die Zufriedenen zurück. Von der Regierung verlangt er, daß sie den Exportierten Land, recht viel Land in den Kolonien umsonst gebe und Geld, möglichst viel Geld zinsfrei dazu. Doch will er nur solche Leute mit diesen Geschenken begnadet wissen, die militärisch gebiet haben, also Reservisten. Auch Freiwilligen für entlassene Verbredler können auf diese Weise beschafft werden u. s. w. Wie wir's, wenn der „ehemalige deutsche Offizier“ vorschlägt, die „notleidenden“, immer unzufriedenen Agrarier, die Unkulten, die Soldatenkinder u. c. nach Afrika zu schicken? Wissen es denn gerade Proletarier und genußliche Verbredler kein?

Gegen die freien Hilfskassen machen die Berl. Kol. Nachr., das offiziöse ministerielle Organ in einem Artikel mobil. Das Blatt verlangt nichts mehr und nichts weniger, als Aufhebung der freien Hilfskassen, da diese eine „Domäne und ein Privilegium der Sozialdemokraten“ seien; allerdings sei vorerst nicht an eine Aufhebung zu denken. Der Vorwärts bemerkt dazu:

Wie weit hier Herr Schweinburg als Offizier der Regierung oder als Beauftragter der Großindustriellen schreibt, ist schon deshalb nicht festzustellen, weil beide Vorträge des

der historischen Situation, die sie veranlaßt hat, um so mehr, wenn wir uns heute in ähnlicher Situation befinden. So spielt a. B. „der preussische Schmutz im deutschen Reichstag“ heute womöglich noch eine größere Rolle, als zu der Zeit, wo Engels die Artikel mit dem genannten Titel im „Volksstaat“ veröffentlichte (1876), die auch im Separatdruck erschienen sind. Und die Broschüre über „Die Bahannisten an der Arbeit“, die die anarchistischen Wünsche in Spanien aus dem Jahre 1873 beleuchtet, ist namentlich für die Dühringer sehr beherzigenswert. Die anderen Gelegenheitschriften von Engels sind meist volkswirtschaftlicher Natur; aber die Polemik ist nur die Veranlassung zur positiven Entwicklung verschiedener Seiten der eigenen Theorie. Daher sind sie nicht veraltet, wie man am deutlichsten aus der Thatsache erhellt, daß eben jetzt wieder neue Auflagen derselben notwendig wurden. Dies ist unter anderem der Fall mit der „Wohnungsfrage“, einer Polemik gegen den kensburgerischen Brandbrenner Müllberger, dessen sich ältere österreichische Genossen noch erinnern dürften. Die Broschüre erschien 1872 zuerst im „Volksstaat“ in einer Reihe von Artikeln, dann im Separatdruck, und wurde jetzt in Zürich von der Volksbuchhandlung neu herausgegeben, mit einem Vorwort, das namentlich die neue industrielle Entwicklung Deutschlands charakterisiert, und das die ursprüngliche auch für die Besitzer der ersten verwallt macht.

1875 erschien, ebenfalls als Separatdruck aus dem „Volksstaat“, die Broschüre „Sozialismus als Axiom“, eine Polemik gegen den Bahannisten Tatschloff, die Veranlassung giebt, den Standpunkt des modernen wissenschaftlichen Sozialismus gegenüber den russischen Rechtschiffen und Entwürfen scharf zu stellen. Von besonderem Interesse ist es, was Engels über die Art (unwürdige Genossenschaften) und den Gemeindegemeinschafts der Russen und die Bedeutung ihrer Institutionen für den Sozialismus sagt. Jeder ist von dieser Broschüre eine zweite Auflage bisher noch nicht erschienen, obwohl die erste längst vergriffen ist.

Zwei Jahre später veröffentlichte Engels seine Polemik gegen Dühring. Es war ein Jahr vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes. Ein Teil der deutschen Sozialdemokratie wiegte sich in den süßlichen Illusionen, das Schwerkelt schien überwinden und mancher sah schon den Tag kommen, wo eine sozialdemokratische Majorität im deutschen Reichstag die Einführung des „sozialistischen Staates“ beschließen werde, und getraubt sich bereits den Kopf darüber, wie dessen Durchführung am einfachsten und schmerzlosesten zu gestalten. Die Sozialdemokratie war die aufsteigende Sonne, und nicht nur das Proletariat wachte sich ihr zu, sondern eine ganze Menge misbräuglicher Elemente der bestehenden Klassen, verlorne Genies,

die bei den Arbeitern die Anerkennung zu finden hofften, die ihnen die Bourgeoisie verweigerte. Empfindiger Naturbeladene, Literaten aller Art, Schaffles und Konjunktoren. Es war schwer, diese Leute von denjenigen bürgerlichen Elementen zu unterscheiden, die wirklich aus Interesse für das Proletariat und nicht aus bloßem Neugier über die Bourgeoisie zu uns kamen. Von einem Teil der Genossen, namentlich den jüngeren und unerfahrenen, wurden alle diese Jugalsie freudig aufgenommen: in der That, wenn selbst Professoren und Doktoren sich zur Sozialdemokratie bekehrten, dann war deren Sieg nicht mehr weit.

Aber die Herren Professoren und Doktoren hatten keinen Zweck die Absicht, mit der Bourgeoisie zu brechen. Sie wollten allerdings mit Hilfe der Sozialdemokratie eine Rolle spielen, sie wollten aber durch sie auch die Anerkennung der Bourgeoisie erringen. Es handelte sich daher für sie vor allem darum, die Sozialdemokratie resp. selbst, salonfähig zu machen, ihr ihren proletarischen Charakter zu nehmen.

Da galt es, den bürgerlich-ideologischen Elementen, die auf die Sozialdemokratie in dieser Weise Einfluß zu nehmen begannen, einen Riegel vorzuschieben. Einer der herodotischen und begabtesten unter diesen Salon-Sozialisten war untrüglich der Berliner Brandbrenner Eugen Dühring, ein Mann von großen Geistesfähigkeiten, der Bedeutendes hätte leisten können, wenn er etwas mehr von der Marx-Engels'schen Selbstkritik und weniger von dem Erbvol des deutschen Literaten, dem Größenwahn, in sich gehabt hätte. So glaubte Herr Dühring, sein Genie überdies ihm die Verantwortlichkeit, die Verantwortlichkeit, über die er philosophierte, auch gründlich zu lasten. Er war weniger philisterhaft und fähiger als Schaffle und begann in Berlin namentlich auf die jüngeren Elemente der Partei großen Einfluß zu üben. Er war kein verächtlicher Gegner und daher drangen bedürftige Genossen in Engels, er möge selbst gegen den Mann auftreten, die Höllichkeit seiner Philosophie beseitigen, daneben aber auch den Charakter seiner Bewegung scharf hervorheben.

Dies die Entstehungsgeschichte des „Anti-Dühring“, wie man das Buch meist sehr bezeichnend, dessen Titel lautet: „Herrn Eugen Dührings Umdüsung der Wissenschaft“. Eine zweite Auflage erschien im Jahre 1888 in Zürich in der Volksbuchhandlung, nachdem früher schon einige Abschnitte daraus mit Genehmigung der polenischen Stellen als besondere Broschüre unter dem Titel: „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ erschienen waren. (Fortsetzung folgt.)

Verklärung zu sprechen sich mehr oder weniger entschieden gegen das Agrarprogramm aus. Die meisten der Weber erwidern in Annahme des Programms auf die Beschlüsse der Parteitagung. Wer sagte, er sei der Agrarprogramm für ihre Arbeit dankbar, weil sie siege, habe die Partei an einem Abgrund getrieben. Es müsse davon zurückgelenkt werden und der agrarische Teil unseres Programms wieder klar vertreten werden. Mit ganzer Kraft sollten die uns noch fehlenden Arbeiter in die sozialdemokratische Bewegung gezogen werden.

Soziale Heberfahrt.

— Submissionsunterschiede und Sauerlöhne. Im Mannheim wurde unlängst die Tischlerarbeit an der Konfektionsfabrik in Submission gegeben. Es liefen darauf folgende Offerten ein:

Die Tischler Körper, Hofmann, Gans u. Ras.	7958.00 M.
Tischlermeister Apfel.	7889.00
Zimmermeister Hermann.	4496.00
Tischlermeister Feinbeder.	4212.00

Zimmermeister Hermann bekam den Zuschlag. Er liefert die Arbeit nahezu um die Hälfte billiger, als nach Ansicht von Fachmännern für wirklich gute Arbeit gefordert werden muß. Er wie Feinbeder sind als Brüder bei Submissionen bekannt. Wie verschiedene Tischlermeister versichern, ist es bei einem auch nur einigermaßen angemessenen Lohn für die Arbeiter garnicht möglich, die Arbeiten zu den Preisen herzustellen, welche die beiden gefordert haben. Aber sie machen die Arbeit, und die Folge davon ist, daß sie ihren Arbeitern nur einen Hunger-Lohn zahlen können, der die Arbeiter zuletzt zwingt, die Arbeit einzustellen, wie es tatsächlich bei Feinbeder geschehen ist. Die Arbeiter haben die Submissionsdrückerei auszuüben. Es gab nur ein Mittel dagegen: die Arbeiten nur an Reflektanten zu vergeben, die bei einer begrenzten Arbeitszeit einen gewissen Minimallohn beziehen. Ob aber dieser Vorschlag auch nur diskutiert wird, möchten wir bezweifeln. Sobald es gilt eine vielgerühmte Arbeiterfreundlichkeit in der Praxis zu betreiben, zeigt der Kapitalismus stets seine Rehröhre.

— Recht arbeiterfreundliche Herren sind die deutschen Berdickmacher und Friseurere. Dieselben haben auf ihrem, dieser Tage in Karlsruhe abgehaltenen Verbandstage einen Antrag angenommen, eine Petition an den Bundesrat um Entbindung von den Beiträgen zur Alters- und Invaliditätsversicherung (!) einzureichen, da ein Vorteil für das Gewerbe aus dieser Versicherung nicht ersichtlich sei. Auch der freie Wochenantritt der Geschilfen und Lehrlinge scheint den Herren sehr schmer in Magen zu liegen, weshalb sie beschlossen, eine Petition an den Handelsminister um Gewährung einer fünfständigen (Sonntags-) Arbeitszeit unter Fortfall der freien Wochen-Nachmittage für Geschilfen und Lehrlinge, zu richten. Diesen „menschenfreundlichen“ Wünschen dürfte sich selbst Herr v. Berdick kaum genügt zeigen.

Jur Arbeiterbewegung.

— Der Streik der Bauarbeiter in Halle dauert unabehindert fort. Auszug ist streng fernabhalten.

— Achtung, Bauarbeiter! Behufs Sammlung von Unterlagen für einen Belegantrag, der die Bauarbeiter vor den Manipulationen betrügerischer Bauunternehmer schützen soll, ersucht der Ausschuss des Gewerkschaftsvereins alle Bauarbeiter Deutschlands, ihm alle Fälle zu melden, in denen die Bauarbeiter erst auf dem Wege der Klage bei den Gewerks-, Amts- oder Landgerichten ihre Forderungen betreiben mußten. Es sind die Erkenntnisse nebst deren Begründung einzuwenden. Namentlich sind solche Fälle anzugeben, wo der Kläger, trotzdem seine Forderung durch irgend welchen Gerichtsbescheid anerkannt wurde, wegen Fruchtlosigkeit der Exekution bei dem Unternehmer, dennoch nicht zu seinem verdienten Lohn kommen konnte. Für den letzteren Fall genügt die Mitteilung über die Art und Höhe der Forderung, sowie Angabe der Zeit, welche die Lage des Eintretens bis zum Ausfall derselben lag. Einwendungen sind zu richten an M. Willgar, Berlin, Grenadierstr. 10. I.

— Der Steinberkerstreik in Leipzig dauert unabehindert fort. Einer der Meister hat die Forderungen der Geschilfen im vollen Umfang als berechtigt anerkannt und bewilligt. Die anderen Meister haben sich bereit erklärt, 45 Pf. Stundenlohn zu zahlen, gefordert sind 50 Pf. Bei der sechsständigen Arbeitszeit wollen sie festhalten. Wegen Festsetzung der Löhne für nächstes Jahr wollen die Meister mit den Geschilfen im Herbst in Verbindung treten.

— Der Fabrikstreik in Götting ist beendet. Die Arbeiter haben ihre Forderungen nicht durchgesetzt.

— In die Tabakarbeiter! In Ohlau (Schlesien) haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarrenfabrik von Karl Marxus (oben im ganzen 81 Personen) die Arbeit niedergelegt, weil zehn Arbeiter entlassen worden waren. Der Verlangen nach Unterstützung. Etwaige Geldbesuchen sind zu richten an Franz Organist, Götting, Zum weißen Hof, Ohlau in Schlesien.

— Aus West wird gemeldet, daß die Wägenerellen beschlossen haben, vom 15. August ab abermals in den Streik zu treten.

— Die Mühlenarbeiter in Polzema sind um Verhinderung der Arbeitszeit und um Vornahme von Verbesserungen in den Streik eingetreten.

— Drei Scheiter der Fuhrfabrik von Kroll u. Komp. in Hannover haben am Dienstag die Arbeit niedergelegt, weil ihnen der Lohn um 20 Proz. gekürzt worden ist.

— Achtung, Steinbildhauer! Bei Wäthler in Erfurt sind Differenzen ausgebrochen. Bezug streng fernabhalten. Weitere Nachricht folgt.

— In Wehrhau haben gegen 9000 Schneidergesellen die Arbeit eingestellt. Sie verlangen Verabredung der Arbeitsstunden auf wöchentlich 59 und eine 20prozentige Lohnhöhung. Man erwartet, daß in dieser Woche 20000 Arbeiter die Arbeit niedergelegen werden.

lokales und Provinzielles.

Halle a. C., 15. August

— Die öffentliche Maurerverammlung, die gestern abend stattfand, war von 250 bis 300 Personen besucht. Der Vorsitzende des Streikkomitees gab zunächst einen Situationsbericht, aus dem hervorging, daß die Hauptbauten: Post, Blindenanstalt und Niederhütten noch liegen und daß fast alle Zimmermeister bereits 35 Pf. ziehen. Ihre Begehrung, mit dem Streikkomitee in Verbindung zu treten, könne deshalb nur dahin erklärt werden, daß sie sich für nächstes Jahr freie Hand vorbehalten und event. mit einer neuen Lohnänderung vorgehen wollen. Um so nötiger sei es, daß der Streik durchgeführt wird, bis die Innungsmeister verbindende Erklärungen abgegeben. Die Zahl der zu 40 Pf. eingestellten Maurer hat sich auch in dieser Woche wieder vermehrt, ferner sind seit Montag 16 Mann abgereist, so

daß nur noch 50 Maurer im Streik stehen. Von dieser Mannschaft könne niemand weiter entzogen werden. Mit welchen Spitzelgeschreien manche Innungsmeister arbeiten, um ihre Vollzucht zu verdeutlichen, bewiesen u. a. die Vorgänge am Postneubau. Statt der dort erforderlichen 60 bis 70 Maurer find seit Wochen nur 10—20 Mann an der Arbeit und darunter sehr viele äußerst fragwürdige Kräfte. Kommt nun Revision seitens der Bauverwaltung, so zieht Meister Steinhauf von sämtlichen Fließ- und Reparaturarbeiten seine Arbeiter nach der Post, so daß hier scheinbar viele Hände tätigt sind. Geht dann die Revision wieder fort, so verschwinden auch die herbeigekommenen Maurer. Auch vom Meister Reichardt wurde ein artiges Ständchen erzählt. Er bewog einen auf der Durchreise befindlichen Maurer, der sich bereits eine Fuhrkarre nach Bernburg gelöst hatte, dazubleiben, indem er ihm Arbeit bis den Winter hinein und Entlastung der Kosten der Fuhrkarre versprach. Mit der elektrischen Bahn brachte er den glücklich eingekommenen nach der Herberge zur Heimat auf der Müchlerstraße. Hr. Reichardt ist aber weder seinem Versprechen auf Verpflegung noch dem auf Rückvergütung des Fuhrgebühres nachgekommen, so daß das Streikkomitee einbringen und den glücklich Mittellosen auf seinen Wunsch nach seiner Heimat befördern mußte. Meister Lingesleben hat den Kreisleitenden gelagt, er wolle ihnen gern die 30 Pf. Stundenlohn geben, sie sollten nur Maurer mitbringen, dann könnten sie gleich anfangen.

— In kurzen Worten läßt sich die Situation des Streiks dahin zusammenfassen, daß die wiederkehrenden Meister werden nachgehen müssen, wenn es gelang, den Zugang wie bisher fernzuhalten. Und daß das geschehen wird, dafür ist gesorgt. In den letzten Tagen sind verschiedene Maurer von auswärts angekommen, aber fast ausnahmslos gelang es, sie wieder zur Abreise zu bewegen. Geldmittel zur Unterstützung der streikenden Maurer sind vollumfänglich vorhanden. In Leipzig werden nächste Woche wiederum an die hundert Maurer eingestellt. — Einmütig wird darauf beschlossen, den Wochenbeitrag der in Arbeit stehenden von 3 auf 2 M. herabzusetzen. — Scharf getadelt wurde, daß auf mehreren Bauten die Polizei ein Zwangsmit insofern eingerichtet haben, daß sie hier an die Maurer verkaufen und ihnen Sonnabends vom Lohne die aufgelaufene Bier Schuld abziehen. Das ist ungerecht. Die Maurer schädigen dadurch sich selbst, ihre Familie und auch die Bewegung. Die Polizei zügelte dadurch einen Wochenlohn von 12—15 M. an, was nach dem Einkommen einvernehmlich worden ist.

— Den Streik in der bisherigen Weise fortzuführen, und nachdem der Vorherrscher mitgeteilt hat, daß in etwa acht Tagen eine Verammlung aller in der Braubranche beschäftigten Arbeiter (Maurer, Arbeiter, Zimmerer, Tischler, Glaser, Steinmengen, Tischler, Schlosser u. s. w.) stattfinden wird, wurde die Verammlung geschlossen.

— Der Durchsicht der Robert Franzstraße nach der Mannsbergstraße wird jetzt sichtlich fortgesetzt. Nachdem die Mannsbergarbeiten am Mühlgraben unter starker Beteiligung der Arbeitskräfte und Verlängerung der Arbeitszeit — unter Zuhilfenahme der Mächte — vollendet waren, wurde der Versuch gemacht, mittels der an der Endstraße stehenden Benzin-Lampfen derart beschleunigt, daß nacheinander die Anlage der Fußgängerbrücke begonnen werden konnte. Dasselbe wird bekanntlich aus den Bestandteilen der abgedruckten Artikelbeilage hergestellt von denen Bauarbeiten bereits ein paar gelegt sind. Die Uferarbeiten sind durch den Einbruch des letzten Grundwassers an der Unterseite hinaus in nördlicher Richtung fortgeführt. Den Interessen der Stadt durchaus entgegen gehandelt erscheint es, wenn, wie die Tagblätter es erwähnen, die Fortführung der Uferarbeiten bis zum Rönneburgischen Grundstück unterhalten wird. Die großen Abwässer, welche in den letzten Jahren in die Stadt hineingeführt wurden, sind eingeleitet, Arbeiter entlassen. Es würde die vollständige Einstellung der Uferarbeiten bis zu dem genannten Grundstücke in einem Zuge doch sicherlich billiger geworden sein, als die noch einmalige Uferarbeiten der umdeutelt über fünf oder sechs fertiggestellten Arbeit. Die Robert Franzstraße kann doch nicht im nächsten Monat in die Stadt hineingeführt werden, da die jetzigen ausgeführten Arbeiter verfehlt wurde. Eine Um- oder Neuplanung derselben muß nach Würdigung der darin lagernden Gelder erfolgen und das kann nicht geschehen, ohne daß die Uferarbeiten vollendet ist.

— Dem auf Listigen Verkehr übertragen wird in den nächsten Tagen der Durchgang vom neuen (Hallen-) Marktplatz nach dem Strohhof durch die bisherige Sadgasse zwischen den Grundstücken des Wäthlers Organist und des Herrn Commerzahl. Da diese Gasse nach der ehemaligen Verabredung hin nicht asphaltiert, muß sie asphaltiert werden, was nicht ohne Verbindung mit dem hochbetagten Hallenplatz geschieht. Es werden mehrere solcher Treppen angelegt, da beabsichtigt ist, die Schuppen und Sadgassen, die bisher an die Gerberstraße heranführen, dem Verkehr zu öffnen. Diese Treppen sind nur als Vorbehalt zu betradten, da hinsichtlich einer Erweiterung der Treppensysteme von dem hiesigen Magistrat noch nichts entschieden ist.

— Aus dem Bureau des Nationalvereins G. A. G. eines der älteren Stände, das sich immer auf dem Repetitor erhält; umso mehr spricht gerade dieser Umstand für die Popularität des Nationalvereins und so können wir den Wunsch ihrer Fortsetzung in doppelter Hinsicht empfehlen. Da die Veröffentlichung zugleich als Vorbild für Frauen in Müllersg. gilt. Freitag findet eine Wiederholung der 10. gen. gehaltenen drahtlosen Post „Kriegs-Poet“ statt.

— Die bewachte Kanalarbeit Metzger von Rammstein wurde nun hauptsächlich an der Schiffschleife wieder aufgeführt und zwar nicht, wie vom Herrn Stadtbaurat Genamer in eifriger Verteidigung des reinen Zweckens berichtet war, abseits der Vahse an einer mit Gehilfen zu beplantenden und dadurch gefahrenen Stelle, sondern wie die Fundamentierung beweist, die in den zwei ersten Absätzen des Berichtes angegeben ist, an der unabhänderige Bahn dort durchgeführt werden. Es scheint hier, wie bei dem zumeist in Angriff zu nehmenden Bau der Uferarbeiten am Mühlgraben, das hier nicht mehr unbekante eigentümliche Spacheln angewandt zu werden, durch welches der Rummantoppeyellen Kosten bereitet werden. Einmalige Besuche für ungenügend frankfurter Postsendungen wird einem Berliner Blatt von einem Beobachter des Postwesens geschrieben: Es soll kein Straßporto mehr geben! Straßporto! Schon diese der Kinderüber würdige Bezeichnung! Und wer wird denn gesteuert? Der, der es nicht geben hat, der Empfänger des ungenügend frankfurter Briefes, nicht der läbliche Abnehmer. Und wofür wird man gesteuert? Erwägt der Postwärtler die Beförderung eines Briefes, der 16. 6. am wenigsten 16, 10. ist, die besondere Arbeit, daß außer dem hier edelmütig zusehenden Worte noch ein Strafgebot von dem unschlüssigen Empfänger eingezogen werden muß, das ihn zu empfangen, daß das Straßporto oft nur gezahlt werden muß, weil der betreffende Beamte ungenau gemogten hat. Ja, made, 10. oft es geht, die Probe „aus Empfinden“ und habe sich mehrmals ereignet, daß ein fälschlich angelegter Brief durch nachmaliges Wägen als ungenügend betrachtet wird, was wiederum den Empfänger verurteilt. Aber wer hat immer Recht, das zu tun? Sollte aber vielleicht durch die hierzulande bestehende wunderbare Einrichtung des Straßportos den unartigen anderen Nationen gezeigt werden, was für ein wohlgeordnetes Volk wir sind, und wie wir verdienten und unbedeutenden Strafen gleich zurecht und befehlen können.

so ist es doch auch aus diesem Gesichtspunkt wohl an der Zeit, uns für mündig zu erklären und zu befehlen, daß wir in Zukunft nur bestraft werden sollen, wenn wir wirklich etwas verbrochen haben.

— Die geschädigten Hausbesitzer wählten am Dienstagabend ein neungliedriges Komitee, welches Vorschläge an die beiden Geschädigten in Hinsicht auf finanzielle Unterstützung zu offen und. Es wurde beschlossen, die Beschlüsse der Ausschüsse in Halle über die Ursachen der Erhebungen berichten. Demzufolge besteht kein Zweifel darüber, daß die Berichtigungen zurückzuführen sind auf die Unzulänglichkeiten der Salzgitter, die sich nicht durchsetzen lassen. Von weitgehendem Interesse ist ferner die Tatsache, daß Freitag, den 20. August, die Beschlüsse der Mannsberger Gewerkschaft als Revisionsamt angelegt wurde, gegen die Feststellung der dritten und vierten Kreisbauhau in den Kreisstädten getroffen hat. Er ist infolge des entlassenen Kreisvorsitzenden nach Kassel gegangen, wird nun aber in dem Prozess der Geschädigten gegen die Gewerkschaft als Zeuge vernommen werden. Auf Herrn Leuchter war bereits früher die Verammlung sehr schlecht zu sprechen.

— Vorhauer. Unter Kameraden. Bei dem hier abgehaltenen Kreisfest haben sich die sieben Kameraden eines auswärtigen Kreisvereins auf der Bahnhofstraße mit Messern gestochen. Die Täter sollen nur aus dem Bezirk gekommen werden; und doch haben sie nichts anderes getan, als daß sie einmal die solbathische Freiheit nicht gegen Zivilisten sondern gegen einander selbst angewandt haben.

— Das Mannsberger Landgericht hat die Vorkandmitglieder des Gefangenvereins Hien e freigegeben. Sie sollten durch Singen freiwildiger Lieder Politik getrieben haben und waren in erster Instanz vom Schöffengericht zu Gefängnis verurteilt worden.

— Strafe muß sein. Unflätigkeit des Streiks der Mannsberger Maurer hatte die Magdeburger Polizei an die Vernehmung des Maurermeisters Meyer, er werde in Magdeburg von dem gehaltenen Lohne zu viel Arbeiter bekommen, wie er nur wolle, die Bemerkung gemacht: „Kein Arbeiter konnte in unrem Sinne freierhandeln, wenn er seine Mannsberger nicht bei der Arbeit zu der Hilfe der Unternehmern liegt. Wer in einem solchen Kampf einen Gewinn in den Händen fällt, ist aller Achtung wert! Die Maurer mögen vielmehr ihre Kollegen unterstützen.“ Damit sollte der verantwortliche Redakteur des Blattes, Genosse Samalier, sich gegen die 153 von 153 der Gewerkschaften durch den Streik am 1. August, Schöffengericht erlaubte denn auch prompt gegen den Uebelthäter auf einen Tag Gefängnis.

— Scharf getadelt wurde, daß auf mehreren Bauten die Polizei ein Zwangsmit insofern eingerichtet haben, daß sie hier an die Maurer verkaufen und ihnen Sonnabends vom Lohne die aufgelaufene Bier Schuld abziehen. Das ist ungerecht. Die Maurer schädigen dadurch sich selbst, ihre Familie und auch die Bewegung. Die Polizei zügelte dadurch einen Wochenlohn von 12—15 M. an, was nach dem Einkommen einvernehmlich worden ist.

— Den Streik in der bisherigen Weise fortzuführen, und nachdem der Vorherrscher mitgeteilt hat, daß in etwa acht Tagen eine Verammlung aller in der Braubranche beschäftigten Arbeiter (Maurer, Arbeiter, Zimmerer, Tischler, Glaser, Steinmengen, Tischler, Schlosser u. s. w.) stattfinden wird, wurde die Verammlung geschlossen.

— Der Durchsicht der Robert Franzstraße nach der Mannsbergstraße wird jetzt sichtlich fortgesetzt. Nachdem die Mannsbergarbeiten am Mühlgraben unter starker Beteiligung der Arbeitskräfte und Verlängerung der Arbeitszeit — unter Zuhilfenahme der Mächte — vollendet waren, wurde der Versuch gemacht, mittels der an der Endstraße stehenden Benzin-Lampfen derart beschleunigt, daß nacheinander die Anlage der Fußgängerbrücke begonnen werden konnte. Dasselbe wird bekanntlich aus den Bestandteilen der abgedruckten Artikelbeilage hergestellt von denen Bauarbeiten bereits ein paar gelegt sind. Die Uferarbeiten sind durch den Einbruch des letzten Grundwassers an der Unterseite hinaus in nördlicher Richtung fortgeführt. Den Interessen der Stadt durchaus entgegen gehandelt erscheint es, wenn, wie die Tagblätter es erwähnen, die Fortführung der Uferarbeiten bis zum Rönneburgischen Grundstück unterhalten wird. Die großen Abwässer, welche in den letzten Jahren in die Stadt hineingeführt wurden, sind eingeleitet, Arbeiter entlassen. Es würde die vollständige Einstellung der Uferarbeiten bis zu dem genannten Grundstücke in einem Zuge doch sicherlich billiger geworden sein, als die noch einmalige Uferarbeiten der umdeutelt über fünf oder sechs fertiggestellten Arbeit. Die Robert Franzstraße kann doch nicht im nächsten Monat in die Stadt hineingeführt werden, da die jetzigen ausgeführten Arbeiter verfehlt wurde. Eine Um- oder Neuplanung derselben muß nach Würdigung der darin lagernden Gelder erfolgen und das kann nicht geschehen, ohne daß die Uferarbeiten vollendet ist.

— Dem auf Listigen Verkehr übertragen wird in den nächsten Tagen der Durchgang vom neuen (Hallen-) Marktplatz nach dem Strohhof durch die bisherige Sadgasse zwischen den Grundstücken des Wäthlers Organist und des Herrn Commerzahl. Da diese Gasse nach der ehemaligen Verabredung hin nicht asphaltiert, muß sie asphaltiert werden, was nicht ohne Verbindung mit dem hochbetagten Hallenplatz geschieht. Es werden mehrere solcher Treppen angelegt, da beabsichtigt ist, die Schuppen und Sadgassen, die bisher an die Gerberstraße heranführen, dem Verkehr zu öffnen. Diese Treppen sind nur als Vorbehalt zu betradten, da hinsichtlich einer Erweiterung der Treppensysteme von dem hiesigen Magistrat noch nichts entschieden ist.

— Aus dem Bureau des Nationalvereins G. A. G. eines der älteren Stände, das sich immer auf dem Repetitor erhält; umso mehr spricht gerade dieser Umstand für die Popularität des Nationalvereins und so können wir den Wunsch ihrer Fortsetzung in doppelter Hinsicht empfehlen. Da die Veröffentlichung zugleich als Vorbild für Frauen in Müllersg. gilt. Freitag findet eine Wiederholung der 10. gen. gehaltenen drahtlosen Post „Kriegs-Poet“ statt.

— Die bewachte Kanalarbeit Metzger von Rammstein wurde nun hauptsächlich an der Schiffschleife wieder aufgeführt und zwar nicht, wie vom Herrn Stadtbaurat Genamer in eifriger Verteidigung des reinen Zweckens berichtet war, abseits der Vahse an einer mit Gehilfen zu beplantenden und dadurch gefahrenen Stelle, sondern wie die Fundamentierung beweist, die in den zwei ersten Absätzen des Berichtes angegeben ist, an der unabhänderige Bahn dort durchgeführt werden. Es scheint hier, wie bei dem zumeist in Angriff zu nehmenden Bau der Uferarbeiten am Mühlgraben, das hier nicht mehr unbekante eigentümliche Spacheln angewandt zu werden, durch welches der Rummantoppeyellen Kosten bereitet werden. Einmalige Besuche für ungenügend frankfurter Postsendungen wird einem Berliner Blatt von einem Beobachter des Postwesens geschrieben: Es soll kein Straßporto mehr geben! Straßporto! Schon diese der Kinderüber würdige Bezeichnung! Und wer wird denn gesteuert? Der, der es nicht geben hat, der Empfänger des ungenügend frankfurter Briefes, nicht der läbliche Abnehmer. Und wofür wird man gesteuert? Erwägt der Postwärtler die Beförderung eines Briefes, der 16. 6. am wenigsten 16, 10. ist, die besondere Arbeit, daß außer dem hier edelmütig zusehenden Worte noch ein Strafgebot von dem unschlüssigen Empfänger eingezogen werden muß, das ihn zu empfangen, daß das Straßporto oft nur gezahlt werden muß, weil der betreffende Beamte ungenau gemogten hat. Ja, made, 10. oft es geht, die Probe „aus Empfinden“ und habe sich mehrmals ereignet, daß ein fälschlich angelegter Brief durch nachmaliges Wägen als ungenügend betrachtet wird, was wiederum den Empfänger verurteilt. Aber wer hat immer Recht, das zu tun? Sollte aber vielleicht durch die hierzulande bestehende wunderbare Einrichtung des Straßportos den unartigen anderen Nationen gezeigt werden, was für ein wohlgeordnetes Volk wir sind, und wie wir verdienten und unbedeutenden Strafen gleich zurecht und befehlen können.

— Die bewachte Kanalarbeit Metzger von Rammstein wurde nun hauptsächlich an der Schiffschleife wieder aufgeführt und zwar nicht, wie vom Herrn Stadtbaurat Genamer in eifriger Verteidigung des reinen Zweckens berichtet war, abseits der Vahse an einer mit Gehilfen zu beplantenden und dadurch gefahrenen Stelle, sondern wie die Fundamentierung beweist, die in den zwei ersten Absätzen des Berichtes angegeben ist, an der unabhänderige Bahn dort durchgeführt werden. Es scheint hier, wie bei dem zumeist in Angriff zu nehmenden Bau der Uferarbeiten am Mühlgraben, das hier nicht mehr unbekante eigentümliche Spacheln angewandt zu werden, durch welches der Rummantoppeyellen Kosten bereitet werden. Einmalige Besuche für ungenügend frankfurter Postsendungen wird einem Berliner Blatt von einem Beobachter des Postwesens geschrieben: Es soll kein Straßporto mehr geben! Straßporto! Schon diese der Kinderüber würdige Bezeichnung! Und wer wird denn gesteuert? Der, der es nicht geben hat, der Empfänger des ungenügend frankfurter Briefes, nicht der läbliche Abnehmer. Und wofür wird man gesteuert? Erwägt der Postwärtler die Beförderung eines Briefes, der 16. 6. am wenigsten 16, 10. ist, die besondere Arbeit, daß außer dem hier edelmütig zusehenden Worte noch ein Strafgebot von dem unschlüssigen Empfänger eingezogen werden muß, das ihn zu empfangen, daß das Straßporto oft nur gezahlt werden muß, weil der betreffende Beamte ungenau gemogten hat. Ja, made, 10. oft es geht, die Probe „aus Empfinden“ und habe sich mehrmals ereignet, daß ein fälschlich angelegter Brief durch nachmaliges Wägen als ungenügend betrachtet wird, was wiederum den Empfänger verurteilt. Aber wer hat immer Recht, das zu tun? Sollte aber vielleicht durch die hierzulande bestehende wunderbare Einrichtung des Straßportos den unartigen anderen Nationen gezeigt werden, was für ein wohlgeordnetes Volk wir sind, und wie wir verdienten und unbedeutenden Strafen gleich zurecht und befehlen können.

— Die bewachte Kanalarbeit Metzger von Rammstein wurde nun hauptsächlich an der Schiffschleife wieder aufgeführt und zwar nicht, wie vom Herrn Stadtbaurat Genamer in eifriger Verteidigung des reinen Zweckens berichtet war, abseits der Vahse an einer mit Gehilfen zu beplantenden und dadurch gefahrenen Stelle, sondern wie die Fundamentierung beweist, die in den zwei ersten Absätzen des Berichtes angegeben ist, an der unabhänderige Bahn dort durchgeführt werden. Es scheint hier, wie bei dem zumeist in Angriff zu nehmenden Bau der Uferarbeiten am Mühlgraben, das hier nicht mehr unbekante eigentümliche Spacheln angewandt zu werden, durch welches der Rummantoppeyellen Kosten bereitet werden. Einmalige Besuche für ungenügend frankfurter Postsendungen wird einem Berliner Blatt von einem Beobachter des Postwesens geschrieben: Es soll kein Straßporto mehr geben! Straßporto! Schon diese der Kinderüber würdige Bezeichnung! Und wer wird denn gesteuert? Der, der es nicht geben hat, der Empfänger des ungenügend frankfurter Briefes, nicht der läbliche Abnehmer. Und wofür wird man gesteuert? Erwägt der Postwärtler die Beförderung eines Briefes, der 16. 6. am wenigsten 16, 10. ist, die besondere Arbeit, daß außer dem hier edelmütig zusehenden Worte noch ein Strafgebot von dem unschlüssigen Empfänger eingezogen werden muß, das ihn zu empfangen, daß das Straßporto oft nur gezahlt werden muß, weil der betreffende Beamte ungenau gemogten hat. Ja, made, 10. oft es geht, die Probe „aus Empfinden“ und habe sich mehrmals ereignet, daß ein fälschlich angelegter Brief durch nachmaliges Wägen als ungenügend betrachtet wird, was wiederum den Empfänger verurteilt. Aber wer hat immer Recht, das zu tun? Sollte aber vielleicht durch die hierzulande bestehende wunderbare Einrichtung des Straßportos den unartigen anderen Nationen gezeigt werden, was für ein wohlgeordnetes Volk wir sind, und wie wir verdienten und unbedeutenden Strafen gleich zurecht und befehlen können.

